

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnement monatlich (frei Haus) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden-Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: / Dresden-2, / Postfach 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresden-Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-2, / Postfach 17 259 / Postfach Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Freitag, den 8. Juli 1927 Nummer 157

Englisch-deutsche Kriegsvorbereitungen!

Organisierung von Aufständen durch englische Söldlinge in der Sowjetunion — Militärische Zusammenarbeit mit den italienischen Faschisten — Die Sowjets sollen „sturmreif“ gemacht werden

Englische Aufstandspläne gegen die Sowjets

In England gehen die Kriegstreiber dazu über, offen die Verhandlungen zum Krieg gegen die Sowjetunion zuzugehen. Die einseitige offene Propaganda soll die Öffentlichkeit auf den bevorstehenden Angriff vorbereiten. Russland ist nach Auffassung der englischen Imperialisten sturmreif für die Gegenrevolution.

Der Daily Telegraph teilt mit, daß man jetzt alles daran setzen müsse, die Sowjetregierung zu Fall zu bringen. Das wäre besonders leicht, wenn es gelänge, gleichzeitig in verschiedenen Teilen Sowjetrusslands Aufstände zu inszenieren. Das Blatt erklärt, besonders wesentlich sei es, wenn Aufstände gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Sowjetunion ausbrechen würden, da dann die Sowjetunion nicht über genügend Truppen verfüge, um die Aufstände niederzuwerfen. Auch sei zu schnell ein Eingreifen des Eisenbahnnetz der Sowjetunion nicht geeignet.

Dieser Plan zeigt, daß die Kriegsvorbereitungen einen sehr ersten Grad erreicht haben. Sie zeigen auch die Quellen der Rente auf und bezeichnen den Wert des Geheimnisses über den Terror in Sowjetrussland. Die Agenten der englischen Imperialisten werden durch die Propaganda der Imperialisten geführt die Propaganda durch. Es wird den Agenten der englischen Richards nicht gelingen, die russischen Arbeiter und Bauern aufzuklären. Der Ernst der Lage, die Einbeziehung Deutschlands in die Kriegsvorbereitung, werden aber noch besonders unterstrichen durch die Tatsache, daß jetzt an den englischen Luftflottenmandanten vierzehn deutsche Offiziere auf Einladung der englischen Regierung teilnehmen. Gleichzeitig wird erörtert, daß Deutschland bei seinen diplomatischen Vertretungen wieder Militärattachés erhalten soll. Die Militärattachés sind die militärischen Beobachter. Die Erörterung dieser Frage gerade jetzt, wo der Angriff auf die Sowjetunion erfolgen soll, hat ganz besondere Bedeutung. Dazu kommt noch, daß der Chef des italienischen Flugzeugwesens, der ebenfalls an den Luftflottenmandanten in England teilgenommen hat, jetzt zu einem Besuch in Berlin eingetroffen ist.

Sie zeigt sich die enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen, englischen und italienischen Militärs, daß die Imperialisten. Der Vorwärts schreibt, daß diese Zusammenarbeit „keine unmittelbaren politischen Konsequenzen habe“. Stomper und die SPD sind dabei, die militärischen Pläne der Imperialisten mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Volkswirtschaft muß die Gefahr, die diese Zusammenarbeit darstellt, schon deutlicher zugeben, obgleich sie auch Verhöhnungen verliert. Sie schreibt: „Diese Teufelsmischer der Militärs stellen — wie leicht? — nach keine politische Gefahr dar.“ Man bleibt in der Dämmerung der Vorwärtspolitik, muß jedoch auf Umwegen die Arbeiter zur Unterstützung führen.

Die oben mitgeteilten Tatsachen zeigen, daß die Kriegsgefahr keineswegs geringer geworden ist. Die Lage ist vielmehr ernster geworden. Die geschickten Manöver von Genf sollten die Arbeiter täuschen. Die gesamte Presse, an der Spitze der Vorwärts, hat dieses Manöver der Imperialisten und Kriegstreiber unterstützt. Die Arbeiter muß die drohenden Gefahren sehen. Man darf den Kopf nicht in den Sand stecken. Es gilt, mit viel mehr Energie den Abwehrkampf zu führen wie bisher. Die sozialdemokratischen Führer werden die Gefahr. Sie täuschen die Arbeiter. Die Arbeiter müssen die Krisenlage der Imperialisten sehen. Die Arbeiter müssen gegen diese Kriegspolitik mit aller Kraft ankämpfen. Die Massenaktion der Arbeiter für den Frieden muß als konkretes erstes Ziel den Sturz der imperialistischen Regierungen haben. Nur die Herrschaft der Arbeiterklasse kann die imperialistischen Kriege erledigen.

Banditen an der Arbeit

Moskau, 5. Juli. (Telegraphenagentur der Sowjetunion). — Der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Politischen Verwaltung Jagoda erklärte Reichsvertretern, daß die Weiskardisten der Sprengung eines in der Nähe des Gebäudes der Staatlichen Politischen Verwaltung gelegenen Hauses große Bedeutung beigemessen hätten. Jagoda führte weiter aus: Kurz vor der Entsendung einer terroristischen Gruppe, die aus Sachartshenko Schulz, Ozerput und Wasnejenki bestand, aus Finnland nach der Sowjetunion begab sich General Kuznezow nach Helsinki, wo er persönlich die letzten Vorbereitungen leitete. Unter seiner Teilnahme sowie unter Teilnahme des eigens zu diesem Zwecke aus Kenua eingetroffenen Hauptmanns Koh, eines Angestellten der britischen Geheimdienstverwaltung in Kenua und Leiters des Spionagedienstes gegen die Sowjetunion, fanden mehrere Beratungen der Gruppe statt. Bei den auf der Verfolgung im Gouvernement Smolensk erfolgten Terrorakten wurden englische Granaten vorgefunden, sowie eine große Menge Sprengstoffe ausländischer Herkunft von der gleichen Art, wie die nach dem verstorbenen Sprengstoffattentat vom 3. Juni aufgefundenen. Ferner wurden bei den Vorfällen vom finnischen Spionagedienst angefertigte falsche Pässe, finnisches Geld und goldene Zarenmünzen vorgefunden.

Der Frieden, für den wir kämpfen

Alle Staatsmänner, alle Politiker, alle Zeitungen, alle Regierungen erklären zu jeder Zeit, daß sie für den Frieden sind. Wenn man die Rüstungen erhöht, wenn man Kriegsschiffe schickt, wenn man fremdes Land besetzt, wenn man Städte bombardiert, ja, auch wenn man den Krieg erklärt, immer geschieht es im Interesse des „Friedens“. Man erinnere sich nur daran, wie die Lösung der Sicherung des Friedens von den Kriegsherrn aller Länder im Weltkrieg zur Rechtfertigung des Krieges ausgenutzt wurde. Die Alldeutschen waren für einen „deutschen Frieden“, d. h. für die Annexion von Belgien, Frankreich, Portugal, für die Errichtung einer ganzen Reihe von Deutschland abhängigen Vasallenstaaten im Osten, für die Befestigung der Feinde Deutschlands mit erbitterten Kontributionen, und das alles nur, damit kein Feind es mehr wage, Deutschland anzugreifen, und so der Frieden gesichert sei. Die Patrioten und Durchhaltensprediger in den westlichen „Demokratien“ jagten die Massen in den Krieg mit der Lösung, der deutsche Militarismus bedrohe den Weltfrieden; wenn er niedergebungen wäre, dann sei der Frieden gesichert.

Während die Scheidemänner und die Sozialpatrioten aller Länder diese Kriegsbegeisterung unter der Lösung des Friedens vorbehaltlos unterstützten, predigte der zentralistische Flügel des internationalen Reformismus, die Haase und Dittmann in Deutschland, den „Verständigungsfrieden“ zwischen den kapitalistischen Regierungen, das pazifistische Programm Wilsons vom Völkerverbund, Abklärung und Schiedsgerichten.

Die revolutionären Marginalen, die Bolschewisten in Russland, der Spartakusbund in Deutschland aber erklärten, es könne keinen wirklichen, keinen wahren Bund freier Völker geben ohne den Sturz der Bourgeoisie, ohne den Sieg der proletarischen Revolution in allen Ländern. Ein Frieden zwischen den imperialistischen Staaten würde nichts anderes sein als ein Waffenstillstand, eine Atempause zur Vorbereitung eines neuen, noch furchtbareren Gemetzel.

In allen Ländern, außer in Russland, folgten die Massen nicht den revolutionären Marginalen, sondern den falschen Friedenspredigern des Pazifismus und der Sozialdemokratie. Wie sie mit der Lösung der Vaterlandsvorliebigkeit zur Verteidigung des Profits, der Kolonien, der Imperien in den Krieg gezogen waren, so lösten sie zurück mit der Lösung des demokratischen Friedens, des Völkerverbundes, der Abrüstung, der Schiedsgerichte. Der wahre Sinn dieser Lösungen war, daß die Arbeiter und Bauern, die vier Jahre lang im Dienste der Imperialisten gekämpft hatten, die Waffen aus der Hand legten, statt sie gegen die Kriegsschuldigen und Kriegsvorbereiter, gegen die herrschende Klasse zu wenden. Sie begnügten sich in den besetzten Ländern mit einem Wechsel der Staatsform, statt durch den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, durch die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft die Kriegsgeschichte mit ihrer Wurzel auszurotten. „Vollkommener Friede“ bedeutet Krieg, die Entente wird ein Bündnis mit Sowjetrussland mit der Forderung des Krieges beantwortet.“ So heizen Rechtssozialisten und Unabhängige vereint gegen Spartakus.

Unter der läugerischen Lösung des Friedens wurde die proletarische Revolution in Deutschland niedergebungen.

Inzwischen haben die arbeitenden Massen erfahren, welchen Frieden ihnen die Imperialisten mit Unterstützung der Reformisten beschert haben. Statt des versprochenen „Verständigungsfriedens“ kam der „Friede“ von Versailles, der nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist; statt der allgemeinen Abrüstung wahnwitziges Wettrüsten, ungeheuerliche Entfaltung der modernsten Kriegstechnik, Schaffung eines neuen Militarismus mit Hilfe des Faschismus, und statt des Bundes freier gleichberechtigter Völker die Völkerverbände und der Imperialisten gegen die proletarische Revolution und die Kolonialvölker, jene „Neuwehr“ der Brandstifter, die nach dem Geständnis des Vorwärts nur dann zur Lösung des Kriegsbrandes ausrückt, wenn die Brandstifter selbst es beantragen. In seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ stellt Kant als erste Voraussetzung für einen wirklichen, dauernden Frieden an die Spitze:

„Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffes zu einem künftigen Krieg gemacht worden. Moßmann — erklärt der Volksopfer — wäre es ja doch ein Waffenstillstand, Aufschub der Feindseligkeiten, nicht Frieden.“

Wer zweifelt, daß der Friede der Imperialisten nur ein solcher Waffenstillstand, ein Aufschub der Feindseligkeiten ist? Wenn wir die Massen zum revolutionären Kampf für den Frieden aufufen, dann fordern wir sie damit nicht zum Kampf für die Aufrechterhaltung dieses „Friedensultandes“ auf, der

In dritter Lesung angenommen

Das Gesetz gegen die Arbeitslosen beschlossen!

Berlin, 7. Juli 1927.

In der Donnerstagssitzung des Reichstages wurde das Arbeitslosenversicherungsgesetz in dritter Lesung durchgelesen. Die widerspruchsvollen Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten erreichten ihren Höhepunkt. Der Abgeordnete Graßmann verteidigte in einem Anzuge das Arbeitslosenversicherungsgesetz und stellte gleichzeitig fest, daß es ein Antikriegsgesetz ist. Graßmann lehnte alle kommunistischen Anträge ab, und der Abgeordnete Lambach (Deutschn.) stellt mit Genehmigung fest, daß die Sozialdemokratie sich mit in der Einheitsfront des Bürgerrechts befindet. Der Admiral Brüninghaus konnte nur das Weisende, die Reichswehrverordnungen in den Arbeitsämtern unterzubringen, damit die Arbeitslosen im Feldarbeiten angeschlossen werden können, begnügen.

Für die kommunistische Partei hielt mit den Feinden der Arbeitslosen nochmals scharfe Schlussrechnung der Genosse Käbel.

Scharf kritisiert er die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die in der 2. Lesung Arm in Arm mit dem Bürgerblock alle Verbesserungsanträge niedergebrennt haben. Dann gibt Genosse Käbel für die kommunistische Partei folgende Erklärung ab:

Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Nach wie vor wendet sich die kommunistische Fraktion das Versicherungsprinzip und vertritt den Standpunkt, daß dem Staate und dem Unternehmertum die Hauptverantwortung für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft obliegt. Die kommunistische Fraktion lehnt sich hierbei auf die Beschlüsse der Kongresse des KPD und auf Beschlüsse internationaler Sozialistenkongresse der Vorkriegszeit. Die kommunistische Fraktion hat deshalb das Gesetz bekämpft. Sie hat versucht, dem Gesetz eine Fassung zu geben, die den Forderungen der Arbeiterklasse entspricht und den Arbeitslosen die notwendigen Existenzmittel garantiert. Bei den Beratungen des Gesetzes im Ausschuss und auch im Plenum wurden jedoch von allen Parteien einmütiglich

Anträge abgelehnt. Dadurch ist erneut bestätigt, daß dieses Gesetz ein Stück des vom Unternehmertum geforderten Umbaus der Sozialpolitik darstellt. Es ist ein Erfolg des Kampfes der Unternehmer gegen die im Jahre 1918 unter dem Druck der revolutionären Bewegung eingeführte staatliche Erwerbslosenfürsorge, obwohl schon bei der Anwendung dieser Fürsorge den Wünschen der Unternehmer vollständig Rechnung getragen wurde. Der Kampf der Unternehmer richtet sich gegen alle Forderungen, die eine soziale Verpflichtung des kapitalistischen Staates gegenüber der wertvollen Bevölkerung bedeuten. Das zeigt mit aller Klarheit das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Neben dem reaktionären Ausbau und der Verwaltung sind es insbesondere die Bestimmungen über die Versicherungspflicht und die Leistungen an die Versicherten, die den Zweck haben, den Arbeiter und Angehörigen an seinen Arbeitsplatz zu fesseln, um auf diese Weise der kapitalistischen Wirtschaft eine Stabilität zu geben, die zur Durchführung der raffiniertesten Ausbeutungsmethode, der kapitalistischen Nationalisierung, notwendig ist.

Die Sozialdemokraten haben durch ihre Haltung die Grundlage der Arbeiterklasse in der Frage der Erwerbslosenversicherung fallen gelassen und so einen neuen Verrat an der Arbeiterklasse vollzogen. Gemeinsam mit dem Bürgerblock, mit den Klassengegnern des Proletariats, hat die Sozialdemokratie dieses reaktionäre Gesetz geschlossen. Ja, sie rühmt sich, wie dies durch die Reden der Abgeordneten Aushäuser und Graßmann zum Ausdruck kam, daß durch ihre Initiative die Schaffung der Erwerbslosenversicherung erreicht worden sei. Mit ihrer Zustimmung übernimmt die Sozialdemokratie die volle Verantwortung für dieses neue Klassengesetz.

Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab. Sie wird gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Kampf gegen den Raub sozialer Rechte fortsetzen.

(Verhaftes Bravo! bei den Kommunisten.)
In den Abstimmungen wird das Arbeitslosenversicherungsgesetz in nennentlicher Schlussabstimmung mit 136 Stimmen des Bürgerblocks, der Demokraten und Sozialdemokraten gegen 47 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.